

Inland.

Berlin, den 25. Aug. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Landesgerichts-Assessor Zeitz zu Delitzsch den Titel als Land- und Stadtgerichts-Rath zu verleihen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Dönhoff, ist nach Königsberg in Pr., und der General-Major und Inspektor der 2ten Artillerie-Inspektion, von Zenichen, nach Küstrin abgereist.

In der am 30. d. M. Nachm. 3 Uhr stattfindenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten werden nachstehend verzeichnete Gegenstände zur Verathung gelangen, als: 1) betreffend die Wahl eines unbefoldeten Stadtraths; 2) Erweiterung der Irrenbewahr-Anstalt; 3) den Zuschuß zum Bau der Chaussee von St. Martin bis zum Eisenbahnhofe; 4) den Canon von der Reichschen Windmühle; 5) die Verpachtung der Straßen-Reinigung; 6) Verpachtung eines Stalles; 7) den Zuschuß für die Armen-Verwaltung pro 1848; 8) persönliche Angelegenheiten. Posen, den 26. August. 1848. Knorr.

* Posen, den 26. August.

Das gegenseitige Verhältniß der drei Mächte Staat, Kirche und Schule ist, Dank der bei ihrer Entlung geübten Verkehrtheit aus einem einfachen, leicht in einander füglamen ein sehr verwickeltes und häßliches geworden. Schule und Staat wurden von der Kirche mit der Ruthe bedroht; der Staat seinerseits tyrannisierte die Kirche und brauchte sie als dienenden Knecht, um den in seiner Münze geprägten, als alleinig ächt ausgegebenen Stempel auch dem Geiste der Schule aufzudrücken; hier wiederum bildete sich eine Pflanzstätte stiller Opposition, welche in Mißvergügen und Mißachtung gegen die ihr naturgemäße Ziel verschleuderte Richtung der staatlichen und kirchlichen Anordnungen, gegen die wechselweise als anmaßliche Herrscher oder bereitwillige Helfer der Herrscherslaunen auftretenden Institute ihren Ausdruck fand und auf die Gemüther der heranwachsenden und eben erst ins Leben eintretenden Jugend nicht ohne Einfluß bleiben konnte.

Das ging nun so lang es eben ging, bis der Tag der Abrechnung kam. Man erkannte, daß zu einem friedlichen Nebeneinanderbestehen eine vorherige Auseinandersetzung, eine Trennung in gewisser Art nothwendig sei, um jedem Institut aus sich heraus, unverkümmert durch ungebührliche Eingriffe der beiden andern, die Entwicklung zu verstaten, welche durch die eigenthümliche Natur seines innern Begriffes geboten wäre. Und total verschieden ist in Wirklichkeit der Endzweck, das Lebensprinzip, die Seele eines jeden dieser drei Faktoren der Gesellschaft, so verschieden wie Lernen, Glauben und Arbeiten. An gegenseitigen Berührungspunkten zwischen ihnen fehlt es freilich nicht, und so grenzen namentlich Schule und Staat in breiter Linie an einander. Die Schule ist die wahre Vorbereitungsanstalt für das staatliche Leben. Schon äußerlich betrachtet, wenn wir nur die Zeitdauer und die Art ihrer täglichen Einwirkung ins Auge fassen, verräth sie in ihren Einrichtungen eine gewisse Aehnlichkeit mit den staatlichen Conturen; sie umspinnt mit ihren Gesetzen den noch unreifen Staatsbürger mit derselben Allseitigkeit, Stetigkeit und Unablässigkeit, wie der Staat seine zur vollen Reife gediehenen Glieder. Zwischen den Anordnungen der Schule und denen des Staates muß daher von vornherein eine Uebereinstimmung herbeizuführen gesucht werden, damit die Frucht der Vorbereitung, die in der Schule erzielte Gewohnheit des Gehorchens für das spätere Leben nicht verloren gehe, und die dort dem Einzelwillen abgewonnene Unterordnung der persönlichen Laune unter das übergreifende Gebot eines bindenden Gesetzes beim Uebergange aus dem beschränkten Raum der Schule in die offene Weite des staatlichen Lebens sogleich eine praktische Verwerthung finden könne, ohne erst in total neuen, die frühern Bahnen vielleicht gar kreuzende Gleise geführt werden zu müssen.

Durch alle bisher von Oben herab mit Absicht und Vorliebe gehegten Verirrungen hindurch hat sich dennoch die gesunde Ansicht Bahn gebrochen, daß die Schule das nationale Element in sich aufnehmen, in allen ihren Stufen den Namen rechtfertigen solle, der schon ihrer untersten Stufe vindicirt wird, daß sie Volksschule werden und bleiben, und in allen ihren Bestrebungen den Hauptzweck vor Augen behalten müsse, das ihr zugeführte Aggregat von Zöglingen zu wahrhaften Volksgliedern, zu lebendig organisierten Atomen eines staatlichen Gesamtkörpers vorzubilden. Die Schule darf ihr Ziel nicht auf eine Vorbereitung für das Pfahlbürgerthum der Gemeinde beschränken, muß vielmehr beständig das Staatsleben als ihr Regulativ betrachten, und der Staat hinwiederum seinerseits dafür sorgen, daß auch wirklich dieser Gesichtspunkt bei Handhabung des Schulwesens überall durchleuchte. Der Unterricht in seinen sämmtlichen Absätzen, von der Universität bis herab zur Dorfschule muß daher von der Staatsgewalt überwacht und geleitet, die Schule selbst Staatsanstalt, der Lehrer Staatsdiener werden. Hat doch der Staat, und mit Recht, die Pockenimpfung unter seine direkte Beaufsichtigung gezogen und sich so auf die leibliche Disposition seiner Untergebenen eine entscheidende Einwirkung herausgenommen, und in Bezug auf die geistige Pockenkrankheit spießbürgerlicher Absonderung, die ebenfalls blind und taub und stumpfsinnig macht gegen jede Mahnung zu freierem Aufschwung, gegen ein ansteckendes Uebel dieser Art sollte der Staat nicht mit gleichem Recht durch gemeingültige obligatorische Anordnungen zu Felde ziehen dürfen? Wenn aus der Mitte des Lehrerstandes selbst wider die Umwandlung der Schulen und Staatsanstalten sich einzelne protestirende Stimmen erheben, wie die des Herrn Bernhard in seinem, der preussischen Nationalversammlung übergebenen, sehr beachtenswerthen „Votum eines praktischen Schulmannes“, so können wir die hier zu Grunde gelegten gemüthlichen Bedenken nicht theilen. Diese erscheinen uns nur von gleichem Gewicht mit den ebenfalls gemüthlichen Beforgnissen, die man bei Verdrängung der Lohnkutscher durch den Dampfswagen, bei der Verschmelzung der kleinen Vaterländer zu einem großen Centralreich geltend zu machen sich beile. Man begehrt aber einen schweren Irrthum, wenn man glaubt, daß allein im Kantönliwesen die Gemüthlichkeit sicher geborgen bleibe. Im Gegentheil; es ist damit in der geistigen Welt wie im Naturleben

bestellt. Zartem Farbenspiel, mildem Sonnenglanz, zierlicher Gestaltung begegnet man öfter auf den Alpen als auf dem Trebniger Ragengebirge, in größerer Fülle auf der offenen See als im eingehegten Fischteich. Je freier und umfassender der Schauplatz der Thätigkeit, je weiter die Beziehungsfäden reichen, die der Einzelne zwischen seinem begrenzten Wirken und dem gemeinsam zu fördernden Zwecke ausgelegt weiß, um so reiner, frischer und kräftiger gestaltet sich die aus solchem Boden erwachsende gemüthliche Befriedigung.

Schule und Staat stehen in innigstem Conner mit einander; kein Theil kann den andern entbehren, jeder ist da zur Ergänzung des andern. Steht auch die Kirche als dritte im Bunde zu ihnen in einer gleich festen gegenseitigen Beziehung wie unter sich jene beiden Grundpfeiler der Gesellschaft? Wir glauben darauf mit Nein antworten zu dürfen. Die Kirche ist theils Erzieherin zu vernünftiger Haltung im bürgerlichen Leben, theils Glaubenslehrerin in Bezug auf die zwischen Himmel und Erde jenseits der sichtbaren Wirklichkeit obwaltenden Verhältnisse. Vermöge des ersten Theils ihrer Funktionen nimmt sie gegen den Staat eine unterstützende Stellung ein; sie bildet eine Art von Sonntagsschule für die aus der eigentlichen Schule nur halbreis Entlassenen, und kommt durch eine wöchentlich wiederholende Erinnerung dem Gedächtniß der Vergesslichen zu Hilfe. Allzubedeutend wird man aber diesen Einfluß auf die Moralisirung des Volkslebens nicht veranschlagen dürfen; die Einwirkung ist weder dauernd noch regelmäßig genug, um von gleich wesentlichen Erfolgen begleitet sein zu können wie die der Schule. Und wahrlich nicht die schlechtesten Staatsbürger sind es, die man überhaupt am Seltensien in den Kirchstühlen findet. Die dogmatische Seite der kirchlichen Thätigkeit ist dagegen dem Staatsleben durchaus indifferent; der blaue Aether zwischen Himmel und Erde ist räumig genug, so daß ohne Drängen, ohne Streit um das Mein und Dein, die verschiedenartigsten Dogmengebilde dort untergebracht werden können und der über das suum cuique zu Gericht sitzende Staat nicht Anlaß zu nehmen braucht in die frei gestaltende Thätigkeit des dogmatistrenden Geistes irgendwie einzugreifen. Die Pflege und der Ausbau des dogmatischen Rüthhauses ist aber gerade die spezifische Seele der Kirche, das besondere Prinzip, durch welches sie als ein selbstständiges eigenartiges Institut auftritt. Kann und darf nun die Schule der direkten Einwirkung eines Instituts geradezu Preis gegeben werden, dessen eigentlicher Schwerpunkt sich in einer ganz andern Region befindet als die, wohin in unserer Zeit die Schule zu gravitiren bestimmt ist? Staat und Kirche wenden einander gleichgültig den Rücken, jener wurzelt im Diesseits, diese im Jenseits. Soll nun die Schule von beiden zugleich ins Schlepptau genommen werden, so ist eine innere Zerrissenheit, eine zwiespaltige Haltung derselben unausweichliche Folge. Die Schule kann zu ihrem eigenen Gedeihen nur entweder der Kirche oder dem Staate dienlich sein. Jahrhunderte lang folgte sie der Kirche als ihrem einzigen Leitstern; dann kamen die Zeiten der fruchtlosen und unerfreulichen Vermittlungsversuche; jetzt stehen wir auf dem Punkt wo es dem Staate zukommt, die Schule für sich allein in Anspruch zu nehmen. Möge die Kirche sich mit dem aliquis orbis inest rebus humanis vorläufig vertragen und einer dereinstigen Rückkehr der Schule unter ihre Lehnsherrschaft gewärtigen.

Liegt denn nicht aber die Befürchtung nahe, durch den Eintritt des Lehrerstandes in den unmittelbaren Staatsdienst das leidige Meer der Bürokratie plötzlich um 30,000 Mann verstärkt zu sehen? Es kursiren jetzt viele Schreckstichwörter; die „Bürokratie“ gehört mit in die Reihe derselben. Befassen wir uns näher das gefürchtete Gespenst, so ist darunter nicht etwa die Existenz eines Beamtenstandes überhaupt zu verstehen, denn der ist auch in Nordamerika wie in England zu finden, sondern das phalanxartig geschlossene Ausstreuen desselben gegen das nichtbeamtete Volk, der in ihm herrschend gewordene Geist des Nepotismus, das beleidigende Gesicht der Exemption, die sich über den beschränkten Unterthanenverstand der Andern weit hinauszufragen dünkte. Streifen wir dem Beamtenstande diese Auswüchse ab — und die Einleitungen hierzu sind ja bereits getroffen, — so verliert er, und wäre er der Zahl nach noch dreimal so stark, den bürokratischen Charakter.

Die oben berührte Schrift des Herrn Bernhard *) hat uns zu diesen Betrachtungen angeregt; in manchen Stücken mußten wir widersprechen, in andern dagegen ihm vollen Beifall geben, und wir dürfen namentlich das dort über die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts Gesagte, so wie die gründliche Durchführung eines finanziellen Plans in Betreff der Lehrergehälter allgemeiner Beachtung empfehlen.

Posen, den 26. Aug. Wir haben morgen, am Sonntage, den Besuch der Bürgerschaft und Bürgerwehr Stettins bei uns zu erwarten. Es dürfen leicht an tausend Gäste werden, die der Extrazug uns bringen wird. Nachdem das Stettiner Fest-Comité eines seiner Mitglieder, den Kaufm. Borchardt, in offizieller Weise hierher gesandt hatte, um die Anmeldung zu machen, hat sich eiligh auch bei uns ein Fest-Comité gebildet, dem neben anderen Herren auch der zweite Kommandant, Oberst von Helldorff, angehört. Dies Comité ist mit dem Stettiner Deputirten in Verbindung getreten und hat soeben durch öffentlichen Anschlag folgendes Programm für morgen bekannt gemacht: 1) Herzlicher Empfang der Gäste auf dem Bahnhofe (circa 1/9 Uhr); 2) Zug mit Musik von da nach dem Wilhelmplatz; 3) Besichtigung der Stadt u. s. w. Seitens der Fremden; 4) Gemeinschaftliches Mittagmahl — Jeder auf eigene Kosten — im Casino-Lokale; 5) Grand Café im Schilling mit obligatem Konzert (das Konzert unentgeltlich, während desselben Sammlung für die Deutsche Flotte); 6) Schmerzhafte Trennung und Trost durch das Versprechen des Wiedersehens am 3. September in Stettin. So sind denn die Anstalten getroffen und bleibt uns nur zu wünschen, daß auch der Himmel zu dieser Muster Visite eine recht heitere Miene annehmen möge.

*) Zur Schulfrage. Votum eines praktischen Schulmannes, von M. Bernhard, Bissa 1848, bei J. L. Haufen.

P * Berlin, den 24. Aug. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hatte sich die Kunde von der königlichen Botschaft verbreitet, durch welche der Nationalversammlung ein Gesetz, betreffend das freie Versammlungsrecht, vorgelegt wird. Der durch die heutigen Zeitungen veröffentlichte Gesetzentwurf will, wie jeder Unbefangene auf den ersten Blick sich überzeugen kann, das freie Versammlungsrecht durchaus nicht etwa aufheben, sondern es nur regeln, um dadurch Gefahren und dem rohen Unfuge vorzubeugen. Die Maaflosen wollen aber eine solche Mäßigung eben nicht. Es wurde deshalb noch gestern Nachmittag in aller Eile eine Volksversammlung zu gestern Abend unter den Zelten ausgeschrieben. Der Einladungsanschlag war von nicht weniger als acht (ultra-) demokratischen Vereinen, die sich zu dem Ende zusammengethan hatten, unterzeichnet; nämlich: 1) von dem demokratischen Klub, 2) von dem Volksklub, 3) von dem Verein für Volksrechte, 4) von dem Reform-Klub, 5) von dem Centralausschuß der demokratischen Vereine Deutschlands, 6) von dem Provinzial-Ausschuß der Märkischen demokratischen Vereine, 7) von dem demokratischen Vereine der Rheinländer und Westphalen, 8) von dem demokratischen Sachsenvereine. In der Volksversammlung selbst war eine auffallend ruhige Haltung, jedes Wort der Redner konnte man weithin deutlich vernehmen. Es wurde natürlich weidlich auf die Regierung geschmäht und geschimpft, auch die drei National-Versammlungen in Frankfurt, Berlin und Wien, die ja doch alle drei noch monarchische Formen stehen lassen, wurden verurtheilt und verdammt, unser Ministerium müsse gestürzt werden um jeden Preis, ja man erklärte ganz offen, man wolle sich lieber mit den entschiedensten Reaktionären, mit den stolzeften Geburtsaristokraten verbinden, um nur dieses gegenwärtige Bourgeois-Ministerium zu stürzen. — Eine solche vorübergehende Verbindung zwischen den beiden extremsten Parteien zum Sturze der gemeinsam gehaßten Mittelpartei ist durchaus nichts Neues. Sowohl während der ersten Französischen Revolution zur Zeit der Girondenkämpfe, als während der Herrschaft Ludwig Philipps, sah man ganz dieselben Erscheinungen. Darum haben die Wächter wie die Anhänger wahrer konstitutioneller Freiheit um so mehr auf ihrer Hut zu sein. — Am Schluß der Volksversammlung wurde noch eine Komödie aufgeführt. Ein Redner forderte die Menge auf, als er ihre Begeisterung auf den höchsten Gipfel gesteigert zu haben hoffte, nun einen feierlichen Schwur zu leisten, daß sie die Errungenschaften des März sich nicht wieder wolten nehmen lassen. Und die große Handlung des 20. Juni 1789 im Jeu de Paume wurde glücklich parodirt am 23. August 1848.

Uebrigens ist die Ruhe gestern Abend weiter nicht gestört worden. Die Nationalversammlung aber hat in ihrer heutigen Sitzung den Antrag, dem neuen oben besprochenen Gesetzentwurf in Betreff des Versammlungsrechtes wegen der wirklichen und nicht bloß scheinbaren Dringlichkeit die Priorität der Berathung einzuräumen, abgelehnt und die Berathung auf Montag vertagt.

— Der Fehr. Alexander v. Humboldt, welcher Sr. Maj. den König zum Dombaufest nach Köln begleitete, weilt gegenwärtig auf der unweit Koblenz gelegenen ländlichen Besitzung seines Freundes, des hiesigen Banquiers Joseph Wendelsohn.

— Der vorgestrige Abend verlief, obwohl sich unter den Linden wiederum bedeutende Menschenmassen angesammelt hatten, dennoch ruhig. Die Bürgerwehr war in großer Zahl aufgeboten und sperrte, wo es nöthig war, die Durch- und Uebergänge ab. Der, Abends, besonders um 9 Uhr, einfallende starke Regen trug übrigens auch zur Zerstreuung der Menge bei.

— Der Missionsprediger und Prophetenmacher Schwarz, welcher, da er schlechte Geschäfte machte, von hier abberufen werden sollte, bemüht sich hier, eine neue Schottische Gemeinde zu begründen.

Stettin, den 20. August. In den nächsten Tagen soll das Dampfsboot Königin Elisabeth mit 4 Kanonen armirt und 40 Mann Jägern am Bord, aus Stralsund auslaufen, um die nahe Küste und das Binnenrevier gegen räuberische Angriffe der Dänen zu schützen. Am 17. traf in Begleitung der Euterbrigg „St. Thomas“ eine zweite Dänische Fregatte auf der Rhede von Swinemünde ein, wo sie noch in Gesellschaft der Fregatte Havsrøn etwa 2 Meilen von der Rhede liegt.

Frankfurt, den 19. August. Gestern Morgen waren die Mitglieder des Deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses zum letzten Mal im Römer versammelt, um sich, nach Vollendung ihres Werkes, als Congreß aufzulösen, und noch einige wichtige Beschlüsse zu fassen. Der Druck der Protokolle wurde dem Hrn. Buchhändler Pabst in Darmstadt überwiesen, in dessen Verlage die ausführlichen, für das rechte Verständniß der einzelnen Paragraphen der Gewerbeordnung oft höchst nothwendigen, in die innersten Verhältnisse des Gewerbestandes tiefe Blicke eröffnenden Protokolle nächstens erscheinen werden. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, in Frankfurt a. M., dem Sitz der künftigen allgemeinen Deutschen Gewerbekammer, ein Organ zu gründen, welches den einmal angeknüpften Verkehr zwischen den Abgeordneten des großen Deutschen Mittelstandes aus allen Ecken Deutschlands rege erhalten und dazu dienen soll, über ihre Interessen zu wachen und über ihre Beschlüsse die öffentliche Meinung zu unterrichten; mit der Redaktion dieses wichtigen Unternehmens wurde der Protokollführer O. Schirges beauftragt. Derselbe wird demgemäß seinen Wohnsitz in Frankfurt anschlagen und das „Allgemeine Deutsche Gewerbeblatt“ im Auftrage des Congresses gründen und leiten. Der Abg. Prof. Winkelblech zeigte den Versammelten die auf ihn gefallene Wahl der Arbeiter zum Arbeiter-Congreß an, und erklärte, daß er es sich zur Aufgabe machen werde, die Arbeiter zu überzeugen, daß ihr Interesse und das des Mittelstandes eines und dasselbe sei. Der Präsident des Congresses redete die Versammlung mit folgenden Worten an: „Meine Herren! Unsere Arbeit ist nun vollendet, eine allgemeine Deutsche Gewerbeordnung ist geschaffen; mit Ueberreichung derselben an den volkswirtschaftlichen Ausschuß ist die Aufgabe des Congresses erfüllt. Mit zuversichtlichem Vertrauen richtet sich nun der Blick

des Deutschen Handwerkerstandes auf die hohe Versammlung, welche über die gesetzliche Gründung dieser Ordnung zu entscheiden hat. Wohl werden uns Spekulation und Schacher mit allen Kräften entgegenarbeiten, denn es gilt ja die Zernichtung ihrer Herrschaft über den Fleiß. Allein der Deutsche Handwerkerstand ist mündig geworden, er wird das Sclavenjoch der Geldmacht nie wieder auf sich nehmen; er will sich einheitlich frei und selbstständig gestalten, das ist sein fester Wille, er vertraut dabei der Weisheit einer hohen Reichsversammlung und seinem guten Recht. Seinem guten Recht vertraut er, denn er will ja nur den Fleiß geschützt und das Recht der Arbeit gesichert wissen. Er verlangt daher den gesetzlichen Schirm, ohne welchen für die arbeitende Classe keine Freiheit und keine Wohlfahrt möglich ist. Die hohe Versammlung, welche, durch das Vertrauen des Deutschen Volkes berufen, jetzt mit der Gründung seiner Rechte und seiner Freiheit beschäftigt ist, kann die einstimmige Forderung des Deutschen Handwerkerstandes, die wir ihr vorzulegen im Begriffe stehen, nicht verwerfen. In dieser festen innigen Ueberzeugung schließe ich den Congreß.“ — Alle Versammelten gelobten sich noch einmal mit Deutschem Handschlag, das begonnene große Werk in jeder Weise fördern zu wollen; dem Präsidenten wurde aus Anerkennung seiner Verdienste nicht bloß um den Congreß, sondern um die arbeitende Classe überhaupt eine Dankadresse überreicht, welche derselbe mit von Thränen der Rührung fast erstickter Stimme als das schönste Geschenk, welches ihm je zu Theil geworden, entgegennahm.

Hannover, den 21. August. In Clausthal waren die Bergleute durch die Nachricht in Aufregung gerathen, daß die Münze in Clausthal aufgehoben werden solle. Sie verlangten in einer auf dem Marktplatz gehaltenen Versammlung ziemlich stürmisch, daß die Berghauptmannschaft die Zurücknahme oder Nichtausführung der Maßregel veranlassen, und darüber Zusicherungen ertheilen solle. Als die Mitglieder der Behörde erklärten, daß sie dies nicht könnten, daß sie aber ihre Wünsche unterstützen würden, trat augenblicklich Beruhigung ein, später aber warfen die Leute dem Bergschmid Augerstein die Fenster ein. Vortäufel ist ein Bataillon Infanterie nach Clausthal verlegt worden.

Altenburg, den 16. August. Ueber eine gestern hier beabsichtigte Demokratenversammlung schreibt man der Leipz. Ztg. daß dieselbe spurlos vorübergegangen sei. Die Demokraten hätten den Boden Altenburgs und das eben stattfindende Vogelschießen für eine zahlreiche Theilnahme an ihrem Congresse günstig geglaubt, und sich in beidem getäuscht. Vereinzelt seien die Unernehmer traurigen Angesichts auf dem Schützenanger umhergegangen, während andererseits die angesagte Versammlung die sonstigen Teilnehmer am Vogelschießen ferngehalten habe, da man allgemein in Besorgniß vor einem neuen republikanischen Putsch gewesen sei, wodurch den an den Landesgränzen aufgestellten Preußen ein Wink zu ungelegener Theilnahme gegeben werden möchte. Ganz anders als dieser Bericht klingt freilich ein Brief des Schw. Merkur. Danach waren in diesem „Congreß der demokratischen Vereine Mitteldeutschlands“ 41 Vereine durch 104 Abgeordnete vertreten. Die Sitzung war höchst stürmisch und unter ihren Beschlüssen fanden sich folgende: „Die Nationalversammlung in Frankfurt ist eine verrätherische; sie muß gesprengt und eine neue konstituierende Versammlung muß berufen werden, deren Beschlüssen Fürsten und Regierungen ohne weiteres Folge leisten müssen; Erzherzog Johann als Deutscher Reichsverweiser wird als solcher nicht anerkannt; in Thüringen wird die Republik proklamirt.“ Damit wäre die verwickelte Thüringische Frage gelöst; aber wer werden die Ledru-Rollin und Lamartine der Deutschen Gesamtrepublik sein, und wer ihr Cavaignac?

Von der Bergstraße, den 16. August. Es gehen viele Beiträge für die Deutsche Flotte ein, aber die Sache ist immer noch keine rechte Nationalsache, das Volk ist bei weitem noch nicht von der Wichtigkeit des Unternehmens durchdrungen, die Theilnahme für das Unternehmen müßte eine bei weitem größere werden. So wie es aber bis jetzt eingeleitet ist, wird das schwerlich je der Fall sein. Wir glauben, daß die Marinekommission den Uebelstand auf leichte Weise heben könnte, daß sie einestheils den Flottenbau zur rechten und ersten Nationalsache und andererseits ihn für ganz Deutschland nutzbringend machen müsse, und zwar in folgender Weise: Der Norden ist nicht reich genug an Waldungen, um alles nöthige Bauholz zu liefern; wäre das aber selbst der Fall, auch dann noch könnte die Lieferung desselben theilweise andern Theilen Deutschlands übertragen werden. Man schicke z. B. tüchtige Schiffsbaumeister in unsere oder andere Waldungen und lasse sie das nöthige Holz ansuchen, und an Ort und Stelle behauen, schiffe man es ein auf dem Rheine. Dadurch würde nicht nur ein bedeutender Transport erspart, — denn das behauene Holz ist doch leichter als das unbehauene und besser zu handhaben — sondern auch einer Menge von Arbeitern Brod gegeben, ein regeres Leben in manche Orte gebracht, dem Schifferstande eine neue Quelle von Verdienst geboten. Wäre dies der Fall, könnten die Schläge der Art lauter in unsern Wäldern und sehen wir unsere Eichen sinken, um als Masten wieder zu stehen, dann würden unsere Gemeinden nicht zögern, auch Opfer der Sache zu bringen, die ihnen jetzt durch die Zeitungen bekannt ist, und für die sie — verhehlen wir uns das nur nicht — im Durchschnitt sehr gleichgültig bleiben. Wir glauben fast, daß der schon einmal von uns angeregte Vorschlag, „daß jeder Deutsche Stamm eine Fregatte seines Namens auf den Ocean senden müsse“, dann nicht länger unter die pia vota gerechnet werden dürfte; denn was jetzt nur uns allen fern, am Strande der Nordsee geschieht, das geschähe dann unter unsern Augen; indem wir der Flotte unsere Gabe brächten, unterstützten wir zugleich unsere Armen, die ganze Sache bekäme Blutwärme und Farbe, sie bekäme Leben. Und wie würde dies auch für die Erhaltung der Flotte wirken! Mit welch gespanntem Auge würden wir z. B. nicht unser „Hessenland“ auf der See verfolgen, wie jede Wunde, die es etwa empfangt, zu heilen bereit sein! Was auf diese Weise von der Lieferung des Schiffsbauholzes gilt, das gilt ebenso von der des Segeltuchs, der Eisengeräthe, Kanonen u. s. w. (P. A. 3.)

Wien, den 21. August. Seit der Entlassung der drei Redakteure aus der Haft kennt ein Theil der Presse in ihren Angriffen gegen das monarchisch-konstitutionelle Princip keine Grenzen mehr. Jeder Tag bietet neuen Skandal, und der Kaiser wird jetzt ganz offen angegriffen. Schütte und Fister werfen seit drei Tagen ihre Augen ganz auf die Arbeiter. Alle Tage wird mit denselben fraternisirt. Das Lokal des Sicherheits-Ausschusses war schon heute von

mehreren Tausen Arbeitern wie belagert. Absichtlich oder ungeschickter Weise ist unter solchen Umständen das Arbeitslohn um 5 Kr. vermindert worden, was gegen sich vorzüglich die Weiber aufhalten. — Die heutigen Nachrichten aus Mailand vom 17. bringen nichts Erhebliches. Karl Albert hat sich nicht nach Turin begeben, sondern befindet sich bei seiner Armee, zu welcher einige Verstärkungen geschossen sind. — Aus Padua wird vom 18. gemeldet, daß die Venetianer und Freischaren in Venedig den Piemontesen den Abzug verweigern. Es wurde dies von Seite der jetzt herrschenden republikanischen Partei, dem Piemontesischen Kommissar, so wie dem Sardinischen Admiral Albini, der bei Venedig eingetroffen ist, angezeigt. Der F. = M. = V. Welden hat eben jene Anzeige erhalten und dem Feldmarschall Radezky hierüber Bericht erstattet. Sforza hat die Blutfahne aufgesteckt und sich für Venedig erklärt. — Nachmittags 3 Uhr. Alarm durchtönt die Gassen der Stadt, die Nationalgarden versammeln sich auf den Plätzen und die ganze Garnison erhielt den Befehl, sich in ihren Kasernen in Bereitschaft zu halten. Viele tausend Arbeiter stehen vor der Aula und lauschen der Worte, die ihnen von dort gegeben werden. Die Stadt wimmelt von Menschen.

Wien, den 22. August. Se. Majestät der Kaiser hat aus Anlaß seiner Rückkehr nach Wien den Justizminister ermächtigt, die Staats-Anwaltschaft zu beauftragen, von allen bisher überreichten Klagen, so weit sie die Uebertretung des §. 11. der Verordnung in Presssachen vom 18. Mai 1848 zum Gegenstande haben, abzustehen und die Uebertretung von Klagen wegen Uebertretungen der bezeichneten Art, welche der Kundmachung dieses Gnadenaktes vorangingen, zu unterlassen.

— Zufolge eines dem Kriegsministerium zugekommenen Berichtes des Oberkommandanten in Tyrol, General Majors von Roßbach, aus Trient vom 14ten d. M., ist nunmehr der Tonal gänzlich frei.

— Hauptmann Halloy von Kaiser-Jäger machte am 11ten einen ähnlichen Versuch auf dem Stillerjoch, nahm auch wirklich etliche Verschanzungen mit Sturm, konnte aber gegen den weit überlegenen, mit Geschütz versehenen Gegner nichts weiter ausrichten und ging in seine ursprüngliche Aufstellung zurück. Er hatte bloß 6 Verwundete. Der Feind soll allein gegen 25 Getödtete haben. — Moeca d'Anfo hat der Gen.-Major Roßbach am 14. August in Besitz genommen.

— Das Kriegs-Ministerium hat ferner von dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden aus Rovigo vom 15ten d. M. die Meldung erhalten, daß er sich auf die Einladung der päpstlichen Kommissarien Marini, Corsini und Guarini nach Rovigo begeben und daselbst an obengenannten Tage die zwischen ihm und den päpstlichen Behörden sich ergebenden Differenzen mit denselben vollkommen geschlichtet, so wie überhaupt die ganze Zusammenkunft unter den freundschaftlichsten Formen stattgefunden hat.

Pesth, den 19. August. Ein Korrespondent des Kossut Hirlap schreibt aus Bukarest vom 8. August Folgendes: Am 6. d. wurde die glänzende, aus mehreren hundert Mitgliedern bestehende Deputation der Wallachen von Cösiman Pascha empfangen. Der Zweck dieser Deputation war, von dem Pascha die Bestätigung unserer neuen Constitution zu erlangen. Der Pascha gab die Versicherung, daß er alle seine Kräfte zum Schutze der neuen Verfassung aufbieten werde, und fügte hinzu, daß sein Heer nur zu unserem Schutze in die Wallachei einmarschirt sei. — Ein anderes türkisches Heer steht zwischen Galatz und Braila.

Aggram, den 15. August. Ein Theil der tüchtig ausgerüsteten Croatischen Streitmacht soll aus Warasdin über die Drau, die andere Hälfte aber aus Bistovitz über die Drau durch die Ortschaften Naffitz nächst Dubowag, Dunavets, Buchin, Zogger, Opatovacs, Vadrac u. s. w. sich bei dem Dorfe Dervent concentriren, um so vereint gegen die Magyaren-Hauptstadt vorzurücken. (W. Z.)

U n s e r l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 22. Aug. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung zeigte Herr Drouyn de l'Ény an, daß der Bericht des Comité's für die auswärtigen Angelegenheiten über die Petition von 30 Bevollmächtigten der Mailänder Nationalgarde, die um Frankreichs Intervention nachsuchte, fertig sei, und fragt, ob die Versammlung wolle, daß dieser Bericht sofort verlesen oder auf einen anderen Tag verschoben werde. Die Versammlung beschließt, den Bericht des Ausschusses jetzt gleich anzuhören. Dieser ist sehr kurz, er lobt die weise Politik der Regierung und schließt mit dem Antrag, die Petition, um bei dem gegenwärtigen Stande der Unterhandlungen nichts zu kompromittiren, an den Conseils-Präsidenten und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu überweisen. General Cavaignac giebt nun aus freien Stücken, ohne daß eine Frage an ihn gerichtet wird, eine Erklärung über die italienischen Angelegenheiten. Er hege, sagt er, die innigsten Sympathien für Italiens tapfere Bevölkerungen, aber er sei überzeugt, daß die Waffen Frankreichs nicht das Mittel seien, welches denselben in deren eigenem Interesse jetzt am ersprießlichsten wäre. In dieser Ueberzeugung habe man den Gedanken einer friedlichen Vermittelung in Gemeinschaft mit England gefaßt; man habe zu dieser Macht gesagt, daß sie im Stande sein dürfte, die Wege zu ebnen, gewisse Besorgnisse zu beschwichtigen, den Unbilden ein Ende zu machen und Frankreich in der Erwirkung eines ehrenvollen Friedens für Italien zu unterstützen. Er hege einige Hoffnungen, daß der Erfolg diese Voraussetzungen rechtfertigen werde; aber die Versammlung werde begreifen, daß er nicht mehr sagen könne, ohne in die Gefahr zu geraten, den schwebenden Unterhandlungen zu schaden. Er verhehle sich nicht, daß der nicht sehr glänzenden Rolle, welche seine Pflicht ihm auferlege, eine gewisse Ungunst anhaften müsse, denn Frankreich sei gewohnt, mit den ihm süß klingenden Worten Ruhm und Schlachten gewiegt zu werden; aber er glaube, daß die Republik und die republikanischen Sitten in Frankreich nur vermittelt des

Friedens ernstlich begründet werden könnten. (Lange anhaltender Beifall.) Auch werde er sich unerschütterlich bemühen, den Frieden, jedoch unter ehrenvollen Bedingungen, dem Lande zu erhalten. (Neuer Beifall.) Sollte indeß, was Gott verhüten wolle, die Ehre, die Interessen der Menschheit und der Freiheit es nicht gestatten, daß Frankreichs Degen in der Scheide bleibe, dann werde die Versammlung ihn (den Redner) mit derselben Ruhe des Gewissens in der Ueberzeugung vor ihr erscheinen sehen, um sie zu einem äußersten Beschluß aufzufordern; er würde ja dann nur nöthig haben, zu den Gewohnheiten seines ganzen Lebens zurückzukehren. (Fast einstimmiger Beifall.) Herr Jules Favre verlangte, daß der Versammlung alle diplomatischen Aktenstücke aus der Zeit der provisorischen Regierung bis zum Sturz der vollziehenden Kommission und bis zum Eintritt der Vermittelung in den italienischen Angelegenheiten vorgelegt würden. General Cavaignac: „Die Versammlung ist souverain, sie hat nur zu befehlen, und es wird ihr gehorcht werden; ich habe die Versammlung nur gebeten, mich wo möglich nicht zu weiteren Mittheilungen aufzufordern. Nicht der Versammlung verweigern wir die verlangten Mittheilungen, sondern nur der Minorität ihres Comité's. Ich glaube nicht, daß die Volksmeinung uns von England ins Schlepptau genommen glaubt; wenn sie dies aber glaubte, so würde es meine Pflicht sein, ihr entgegenzutreten und sie über ihren Irrthum aufzuklären.“ (Bravo!) Nachdem noch einige Redner für und gegen die Vorlegung der Aktenstücke gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, nicht weiter auf die Sache einzugehen.

— Zwanzigtausend Arbeiter petitioniren in diesem Augenblick bei der National-Versammlung, um die Erlaubniß und die Mittel zu erwirken, sich nach Algier übersiedeln zu dürfen.

— Der Minister des Ackerbaues und des Handels beabsichtigt nächstens 20 Ackerbauschulen zu errichten. Die jungen Leute sollen bei größern Landgütern untergebracht werden, um dem Staate die Unkosten für ein specielles Etablissement zu ersparen. Für jeden Zögling zahlt der Staat 175 Fr. Kostgeld und dem betreffenden Landwirthe noch außerdem ein Gehalt von 2400 Fr. als Direktor einer solchen Ackerbauschule.

— Der Erzbischof von Nancy, Mgr. Rendu, hat unter dem Titel: *Lettre à S. M. le Roi de Prusse* ein Werk von mehr als 300 Seiten herausgegeben, welches zeigen soll wie das Princip des Protestantismus, welches wesentlich der Individualismus sei, von der Religion in die Philosophie, von der Philosophie in die Politik, von der Politik in den Socialismus übergegangen sei, überall die gleichen Zerstörungen hervorgebracht habe, und daher die Wiedergeburt Europa's nur durch Wiederherstellung der großen katholischen Einheit möglich sei. — Am 9. Sept. wird zum erstenmal seit 163 Jahren eine Generalversammlung der reformirten Gemeinden in Frankreich stattfinden, von der man für die reformirte Kirche wichtige Beschlüsse erwartet; auch die lutherischen Gemeinden beabsichtigen binnen nicht allzulanger eine Generalversammlung zu halten, und es ist die Rede davon eine Verschmelzung der kalvinischen und der lutherischen Kirche in Frankreich zu versuchen.

D ä n e m a r k.

Kopenhagen, den 19. August. Die kondemnirten Schiffe werden wahrscheinlich verkauft werden, wenn der Abschluß der Unterhandlungen nicht bald erfolgt. Es mögen wohl 100 Schiffe sein, die zum Theil sehr billig weggehen werden.

— Der Oesterreichische Gesandte ist noch immer hier und steht im besten Vernehmen mit dem Hofe!

— Folgende Note hat der Minister des Auswärtigen am 12. August an die Dänischen Gesandten im Auslande gerichtet:

„Mein Herr, es ist Ihnen bekannt, daß die Uebereinkunft über einen Waffenstillstand, der am 2. Juli zwischen Dänemark einerseits und Preußen in Deutschlands Namen andererseits geschlossen wurde, nicht hat ausgeführt werden können, weil der Preuß. General sich geweigert hat, das Dokument zu unterschreiben, welches sein Hof vorher angenommen hatte. Die periodische Presse in Deutschland und die Minister der Centralgewalt — letztere in einer Sitzung der Nationalversammlung in Frankfurt — haben es darauf angelegt, diese Weigerung auf eine Weise zu erklären, als ob es Dänemark gewesen, welches nicht mit der Centralgewalt habe unterhandeln wollen. Man hat dadurch dem Vorgange eine Deutschland beleidigende Wendung gegeben, um noch mehr die zügellosen Leidenschaften gegen uns zu entflammen. Das Factum ist: Dänemark ist nicht geneigt gewesen, auf Veränderungen in einer einmal geschlossenen Uebereinkunft einzugehen, und namentlich auf diejenigen Veränderungen, welche von General Wrangel vorgeschlagen wurden. Die Dänische Regierung war eben so wenig geneigt, der Centralgewalt das Vorrecht, nach Gutbefinden und ohne Schadenersatz Veränderungen in dieser Akte vorzunehmen, einzuräumen. Ein solches Recht würde Dänemark selbst in Bedenk genommen haben, einer freundschaftlichen Macht, wie z. B. Oesterreich, einzuräumen. Ein solches Verfahren wird sicherlich keine Beleidigung gegen irgend Jemand enthalten, selbst nicht gegen die Centralgewalt, unsern Feind; es würde wahrlich wenig gerecht sein, zu behaupten, daß Dänemark einen mehr oder minder wesentlichen Vortheil, welchen eine einmal abgeschlossene Uebereinkunft ihm zusichere, fahren lassen müsse, ohne als Ersatz andere Bewilligungen, die es als Äquivalent dagegen ansehen kann, erhalten zu haben. Dänemark wünscht, im Gefühl für Preußens Ehre und dessen Macht, eine hinreichende Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen, welche es sich in diesem Falle auferlegt hat, zu sehen; es kann sicherlich nicht die Sache der Dänischen Regierung sein, ausfindig zu machen, auf welche Weise Preußen sich mit den andern Staaten, in deren Namen es zuerst seine Absicht kundgethan hat, in Unterhandlung mit uns zu treten, absenden kann. Die zwischen den Generalen Hedemann und Wrangel beim Abschluß der Unterhandlungen gewechselten Noten, die beigehend in Abschrift beigelegt sind, werden als überzeugende Aktenstücke dienen, und die in meinem gegenwärtigen Schreiben enthaltenen Bemerkungen erklären, wobei ich Sie auffordere, dies zur Kenntniß der Regierung zu bringen, bei welcher Sie accreditirt sind. Ich habe die Ehre zu sein etc.“

S c h w e i z.

Vom Zürichsee, den 15. August. Bis jetzt haben sich die Gr. Räte von Basel Stadt, Schaffhausen (einstimmig), Thurgau, Valais und Zug für Annahme des Bundes-Entwurfes ausgesprochen, so daß derselbe nun 14½ Stimme für sich vereinigt; von der Bevölkerung ist er angenommen in 5½ Cantonen, in Zürich, Bern, Gené, Solothurn, Glarus (einstimmig) und Baselland. Der Cantons-Rath von Schwyz empfiehlt ihn indeß zur Annahme, er erkennt seine Verbindlichkeit nur bei allseitigem Einverständnis an; doch wird er sich der Einführung nicht mit Gewalt widersetzen. Schaaren von Lombardischen Flüchtlingen langen nach und nach in Luzern an; doch hört man nichts von jener schamlosen Ausbeutung des Unglückes, wodurch sich eine große Menge von Tessinern, welche sich ihre Gastfreundschaft von den Unglücklichen mit Gold aufwiegen ließen, volends verächtlich gemacht hat; die Regierung sorgt für unentgeltliche Verpflegung, so wie für Darreichung einer Unterstützung für die Weiterreise; zugleich hat die Sektion Luzern des Volks-Vereins ihr Comité beauftragt, den Behörden zum Verhufe einer ordentlichen Verpflegung und Unterbringung der Flüchtlinge hülfsreiche Hand zu bieten. — Der Canton Tessin hat ein Bataillon Infanterie aufgebieten, um, wie er sagt, die zahlreichen Flüchtlinge von einem bewaffneten Einfälle in die Lombardei zurück zu halten; daran denken sie gewiß wohl schwerlich; vom Vororte sind die Herren Landammann Münzinger von Solothurn und Thalschreiber Rathri von Ursern als eidg. Commissarien ins Tessin'sche geschickt, um die Unverletzlichkeit des Grenzgebietes, so wie die treue Beachtung der völkerrechtlichen Pflichten, sicher zu stellen. — Die Römische Curie hat ihr Spiel in der Schweiz noch nicht verloren gegeben, besonders nicht in dem früheren Schweizerischen Kirchenstaate, im Canton Valais; der Abt von St. Moriz, Bischof in partibus von Berlechem, machte vor einiger Zeit dem Staatsrath folgende Vorschläge, wozu er vom heiligen Stuhle mit Vollmachten versehen war: Vereinigung der beiden Bisthümer Sitten und St. Moriz, Säkularisation der Abtei St. Moriz, Reduktion des Kapitels von Sitten auf die Zahl von sechs Chorherren. Allein der Große Rath verwarf einmüthig diese Vorschläge, die „zu spät“ kommen, und beauftragte den Staatsrath, den für Deckung der Staatsschulden der Geistlichkeit aufzuerlegenden Beitrag zu bestimmen. In der nächsten Sitzung werden wahrscheinlich die Abteien St. Bernhard und St. Moriz definitiv aufgehoben werden; ein dahin zielender Antrag ist schon gestellt. — Die Regierung von Baselland wäre für ihre „Condescendenz“ für die Forderungen der Deutschen Regierungen“, wie man ihr Verfahren in der Flüchtlings-Angelegenheit zu nennen beliebte, beinahe hart getadelt worden: im Landrath sprechen sich 28 Stimmen für, 28 gegen eine Mißbilligung aus; erst nach der dritten erfolglosen Abstimmung erklärte sich der Präsident Dr. Matt nach Stich-Entscheid gegen die Mißbilligung. Daß Hecker und Alle, welche ihrerseits das Asylrecht nicht verletzen, unangefochten in Baselland sich aufhalten, ist bekannt genug. (R. 3.)

Von der Schweizergrenze. Am 11. August fand in Baden (Schweiz) eine Versammlung Deutscher Flüchtlinge statt, um über ihr ferner einzuhaltenes Verfahren zu berathen. Hecker, mit welchem die Flüchtlinge unzufrieden und zerfallen sind, war nicht zugegen. Struve hatte den Vorsitz. Die Ueberzeugung, daß für die nächste Zeit keine Aussicht auf Erfolge vorhanden, machte sich, trotz aller sonstigen Selbsttäuschung dieser Partei, denn doch geltend, wozu namentlich Radeky's Siege beigetragen zu haben scheinen. Es ist bezeichnend für die Bestrebungen dieser Leute, daß sie, während sie auf Deutschland keine Hoffnung mehr setzen, ihr künftiges Heil wiederum nur von Frankreich erwarten. Der Beschluß war nämlich: eine neue Umwälzung in diesem Lande sei abzuwarten, ehe man die Bestrebungen für Deutschland erneuern wolle. Da Frankreich aller Umwälzungen sehr müde zu sein scheint, ja sich so sehr nach Ruhe, Wiederbelebung des Credits und Erwerbes sehnt, daß es selbst dem Einzug Radeky's in Mailand friedlich zusieht, so werden sich die Deutschen Flüchtlinge wohl lange Ferien gönnen dürfen. Hecker's Gesundheit hat gelitten und seine Stimmung ist gedrückt. (D. 3.)

I t a l i e n.

Venedig, den 12. August. Am 11. August Morgens traf von Mestre ein Parlamentair in Venedig ein, mit einem vom Feldmarschall-Lieutenant Weiden an die außerordentlichen Sardinischen Commissaire gerichteten Schreiben, welchem die mit Karl Albert geschlossene Convention zur Kenntnissnahme beigelegt war. Der Gegenstand dieses Schreibens wurde an demselben Tage im Palaste des Marchese Colli berathen; die Commissaire meinten, dergleichen Zuschriften kein Vertrauen schenken zu können: Colli, Cibrario und Castelli erklärten sich, für den Fall, daß die Sache richtig sei, aufs neue für die Republik, die eigentlich noch gar nicht aufgehört habe zu bestehen. Die Commissaire, hiermit einverstanden, schlugen nun vor, sofort alle Verteidigungs-Mittel zu vermehren und 1) alle Ausgänge der Lagunen zu sperren, 2) auf den Wunsch des Volkes durch die Deputirten-Kammer ein Verteidigungs-Comité zu errichten. Der Vorschlag hatte den einstimmigen Beifall der Consulta.

Neapel, den 5. August. Die Englische Flotte unter Admiral Parker — 11 große Kriegsschiffe und Dampfer — ankerte einige Tage lang auf der Rhede vor Neapel (gegen das Herkommen, nur 4 Kriegsschiffe das Weib zu gestatten), vertheilte sich aber nach Bajä und Castellamare. Ihr Erscheinen veranlaßte viele Gerüchte die keinen Glauben verdienen. Die für Sicilien bestimmte Expedition lief heute Nacht mit 14 Königl. Schiffen aus, kehrte aber wegen zu stürmischer See zurück um diesen Abend abermals abzusegeln. Vorderhand beabsich-

tigt der König bloß ein Feldlager bei Reggio aufzustellen, um von dort aus die Sicilianischen Wirren zu beobachten, bis der geeignetste Moment erscheinen wird um überzusetzen und seine Rechte zu behaupten. In Palermo herrscht Entzweiung und Elend, und zufolge der neuesten Nachrichten hat Karl Albert die Krone Siciliens für seinen zweiten Sohn ausgeschlagen. England soll vorgeschlagen haben, Sestimo Rugiero für Lebenszeit zum Vizekönig (jetzt nach dem Abfall von der Dynastie) zu ernennen, wahrscheinlich um Zeit zu gewinnen. Der König, der bis jetzt den Palazzo Reale nie verlassen, begiebt sich morgen mit Familie nach Quissana bei Castellamare. Man soll Römische Clubisten verhaftet haben, die dem König Ferdinand nach dem Leben getrachtet hätten.

— Die gestern von uns kürzlich erwähnte neueste Nachricht aus Venedig lautet, nach einem in Triest am 14. d. M. ausgegebenen Flugblatte, wörtlich also: „Aus sichersten Berichten, die uns eben jetzt aus Venedig zukommen, vernehmen wir folgendes. Bei der Ankunft des Sardinischen Dampfschiffs, das die Verbindungen mit Ancona unterhält, am letzten Donnerstag (10. Aug.) strömte in Venedig das Volk in großen Massen unter den Regierungspalast, und begehrte zu wissen was das Schiff für Nachrichten mitgebracht habe. Ein Mitglied der provisorischen Regierung antwortete, es seien keine wichtigen Neuigkeiten eingetroffen. Das aufgeregte Volk brach in neues Geschrei aus, und nachdem ein betäubender Lärm einige Zeit gedauert, zeigte sich ein anderes Mitglied der provisorischen Regierung auf dem Balkon und sagte: durch einen Privatbrief habe die Regierung Kunde, daß Mailand am 6. d. M. capitulirt, und daß Karl Albert sich über den Tessin in seine Staaten zurückgezogen. „Und was wird aus unserer Flotte werden?“ fragte in Masse das Volk. Das Regierungsmitglied erwiderte: es könne darauf keine Antwort geben. Da entstand ein Gemurmel, und dann ein allgemeines Geschrei: „Nieder mit der provisorischen Regierung Karl Alberts! nieder mit den Sardinischen außerordentlichen Regierungscommissarien! Wir wollen Manin! wir wollen die Republik! Es lebe St. Marcus! Es lebe Manin, die Republik!“ Darauf zeigte sich Manin dem Volk und sprach: da die allgemeine Stimme verlange, daß er nochmals im Namen der Republik die Regierung übernehme, so wolle er dies zwar gerne thun, aber er sehe voraus, daß eine solche Regierung keine 48 Stunden mehr dauern könne, indem der Einzug der Deutschen in Venedig bevorstehe. Und so wurde denn am Donnerstag Abends 8 Uhr die St. Marcus-Republik von neuem proklamirt. Hoffentlich wird sie von noch kürzerer Dauer sein als die wenige Tage zuvor gefallene. Das Italienische Geschwader liegt zwischen Malamocco und Chioggia vor Anker, und einige der Venezianischen Fahrzeuge sind bereits in Venedig eingelaufen. Die Sardinischen und Neapolitanischen Truppen wurden so zu sagen aus Venedig fortgesetzt; nach unzähligen Berührungspunkten derselben von Seite des Volkes hat man sie auf Handelsfahrzeugen eingeschifft und auf dem Weg über Ancona in ihre Heimath geschickt. Indessen 400 Mann Neapolitaner sind noch verhaftet, weil sie sich der Absicht verdächtig gemacht, eines der Forts von Malghera an die Deutschen auszuliefern. Aus allem diesem erhellt, daß in Venedig die ärgste Verwirrung herrscht, indem dieses Volk nicht weiß, welcher Partei es sich anschließen soll, um immer tiefer in der öffentlichen Meinung vor ganz Europa zu sinken.“ (A. 3.)

Genoa, den 9. August. Eine Commission ist so eben an den König abgeschickt worden, um ihm den wahrhaften Sachzustand zu erkennen zu geben. Die Stadt ist in Aufregung; man transportirt Pulver, Kanonen. — (7 Uhr Abends.) Das Volk ist in Gährung. Am denkwürdigen Stein von 1746 hat man so eben den Schwur des Hasses und der Vertilgung gegen die fremden Unterdrücker erneuert. Zwei Männer, welche sich bestreben, die Volksbegeisterung aufzuhalten und Zwietracht anzufüttern, sind ergriffen und gemißhandelt worden; die Bürgerwehr hat sich nur mit Mühe halbtodt der Wuth des Volkes zu entziehen vermocht. Die Ordnung und Ruhe haben sich so eben wiederhergestellt; aber man muß gegen neue Ausbrüche auf der Hut sein.

Von der Italienischen Grenze, den 9. August. Karl Albert ist bei seiner Rückkehr in Turin von allen Seiten mit Bewünschungen empfangen worden. Seine Glorie ist für immer dahin. Die republikanische Partei erhebt ganz ungeschont das Haupt und ihre Anhänger predigen auf den Straßen ganz offen die Verjagung des Königl. Verräthers. Am Ende wird Radeky auch noch in Turin Frieden stiften müssen. (Mannh. 3.)

— Nach Berichten aus Padua vom 19. August hatte sich der Stand der Dinge in Venedig nicht geändert. Die Machthaber verheimlichten alle Nachrichten aus Piemont und Mailand, und die Piemontesen, gegen 4000 Mann stark, lassen sich zurückhalten. Eine neue Aufforderung an Karl Albert soll durch F.-M.-L. Welden eingeleitet sein. Karl Albert befindet sich in Alessandria, wohin seine Commissars von Osoppo und Venedig abgegangen sind. Nach Berichten aus Mailand vom 18. herrschte dort vollkommene Ruhe. Der F.-M. Radeky hat dem F.-M.-L. Felix Schwarzenberg das diplomatische Referat in seinem Hauptquartier übertragen. Er ist in beständigem Verkehr mit den in Mailand anwesenden Ministern von England und Frankreich. Das Unglück von Pizzighezone in Folge des in die Luft gesprengten Kastells mit dem Pulverthurme wird als furchtbar geschildert. Kein Haus in der Stadt ist verschont geblieben. Die Zahl der Todten war jedoch sehr übertrieben. Die Meisten sind erbärmlich verstümmelt, und viele Häuser in der Umgebung unbewohnbar gemacht.

— Aus Mailand gehen direkte Nachrichten bis zum 15. Aug. Auf Befehl Radeky's ist der Palast Borromeo zu einem Spital eingerichtet. Zur Wegschaffung alles Beweglichen, das sich im Hause vorfand, wurde 24 Stunden Zeit gegeben. Selbst die mineralogische Sammlung mußte auswandern. Radeky hat seine Wohnung im Palast Litta aufgeschlagen. Der Herzog und

(Mit zwei Beilagen.)

die Herzogin, die auf dem Lande waren, sind auf ausdrücklichen Befehl des Feldmarshalls dahin zurückgekehrt. Verhaftungen haben auch schon stattgefunden, doch sind die meisten Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Wenige Flüchtlinge sind bis dahin zurückgekehrt; der Kern der Bevölkerung ist jetzt noch immer im Auslande. Die Wuth über Karl Albert ist, seit dem der Waffenstillstand bekannt geworden, noch gestiegen. (N. Z.-Z.)

— **Mercena**, den 15. August. Nach Privatnachrichten unterliegt es keinem Zweifel, daß Como und Bergamo von den Kaiserl. Truppen ohne Widerstand besetzt wurden. Auch nach Sondrio ist vom Marschall eine starke Brigade gesendet worden, daher man voraussetzen darf, daß das Veltlin von den K. Truppen schon besetzt sei und in aller Eile die Communication der Straße von Bormio hergestellt werden wird.

— Den 14. August früh zogen die Piemontesen von Peschiera ab, und übergaben die Festung an Oesterreich mit großem Proviant. Der König Karl Albert soll sich verbindlich gemacht haben, die Hälfte der Kriegskosten an Oesterreich zu bezahlen, die andere Hälfte soll von seinen Verbündeten gezahlt werden.

— Man fürchtet hier sehr für die Existenz der piemontesischen Krone. Da schon alle Minen jetzt gesprengt werden, um Mazzini's ideale Republik in Savoyen und Sardinien zu schaffen. Der König Karl Albert sei daher noch nicht, wie verlautet, nach seiner Residenz zurückgekehrt, sondern befinde sich noch jagend jenseits des Ticino nahe an Pavia. (Z. V.)

— Die turiner Opinione vom 11. August enthält den Brief eines Offiziers, in dem es unter Anderm heißt: Der König und seine Söhne waren die Einzigen, die es aufrichtig meinten. General Rava hat durch seinen Jesuitismus den Enthusiasmus der Armee zuerst niedergedrückt; von seinem Hauptquartier aus ergingen von Zeit zu Zeit entmuthigende Reden und betrübende Wahrhaftungen, und er und Salasco haben den König über den wahren Stand der Dinge stets im Unklaren gelassen, und über die Loyalität des Herzogs von Genoa Zweifel erregt, weil dieser ihre Irthümer seinem Vater darlegte. Im Beginn des Feldzuges hat kein General, kein höherer Offizier einen Aufruf an die Truppen erlassen, ihnen ein den Enthusiasmus erweckendes Wort gesprochen; keine Truppenschau ist gehalten; keiner von diesen Leuten hat, als wir in das Feuer rückten, uns davon benachrichtigt oder ermutigt. Man führte uns auf den Kampfsplatz wie Ochsen zur Schlachtkamp. Nach dem ersten Kampfe bei Goito blieb Rava 20 Tage lang unthätig. Am Tage von Sta Lucia brachen unsere Truppen ohne Lebensmittel auf, rückten vor, ohne zu wissen wohin, Mitte Wegs von den Oesterreichischen Kartätschen begrüßt, suchten sie vergebens nach ihren Führern. Diese waren hinter ihnen geblieben, vom Pferde gestiegen und rauchten ruhig ihre Cigarren in einer Meierei: es waren die Generale Graf Ferreri und Villafalletto, von denen der Eine einige Tage später seinen Abschied erhielt, der Andere etwas später zum General Commariva nach Mailand gesendet ward. Die Mehrzahl der adeligen Offiziere, die der Armee so zu sagen gar keinen Dienst leisteten, waren gegen den Soldaten anmaßend, sie mißhandelten ihn, schlugen ihn und sorgten nicht für ihn. Während der Belagerung von Peschiera stellten dieselben Offiziere in die Zimmer zu ebener Erde Pferde ein, indessen sie den Soldaten nicht erlaubten, sich im Zimmer gegen die Raubheit der Witterung zu schützen. Die Adeligen schätzten ein Pferd höher als eine Compagnie oder ein Bataillon. Für gewöhnlich verbrachten sie die Tage im Kaffeehaus, rauchend, trinkend, schwärend, indessen es dem Soldaten an Allem fehlte. In der Schlacht bei Sta Lucia hielt sich General Biscarotto hinter der Erhöhung eines Laufgrabens und schrie von da: Wuth, Wuth, ihr Soldaten! Bei Mozambano fragte der König den San Marzano, ob wir ihr Soldaten! Bei Mozambano fragte der König den San Marzano, ob wir für drei Tage Mundvorrath hätten; der wackere Lieferant sagte Ja, während die Soldaten vor Hunger starben. Die Lombardie, die binnen vier Monaten 50,000 Mann bewaffnen konnte, brachte kaum 20,000 auf die Beine, von denen viele aus Mangel an Ordnung und Kriegszucht, ohne gekämpft zu haben, wieder nach Hause liefen. Die übrigen waren, obgleich es ihnen nicht ganz an Wuth fehlte, doch wegen ihrer aus republikanischen Ideen entspringender Indiscipline für den Kampf unbrauchbar.

Die Emancipation der Volksschule von der Kirche.

Am 30. d. M. versammeln sich die Abgeordneten des Lehrerstandes aus sämmtlichen Kreisen des Großherzogthums in den Mauern unserer Stadt, um das, was in den Kreisversammlungen über die Umgestaltung der Volksschule beschlossen worden ist, in eine Gesamtübersicht zu bringen. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Schule für das ganze Staatsleben erscheint es gewiß nicht unweckmäßig, wenn wir auch diesem Gegenstande einige Zeilen in unserem Blatte widmen.

Der bekannte Schulmann Dieckterweg hat im Vereine mit bewährten Pädagogen und Männern der Berliner Nationalversammlung, welche das Vertrauen des Volkes besitzen, durch öffentliche Blätter sieben Punkte bekannt gemacht, welche bei der Berathung über die Volksschule ganz besonders zu berücksichtigen sein dürften. Unter denselben hat nun vorzüglich der erste auch in unserer Provinz eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Derselbe lautet: „Die Schule ist Staatsanstalt; sie ist von der Kirche unabhängig.“ Die für einen derartigen Entwurf nothwendige allgemeine Fassung besonders des zweiten Theiles ist dem gesammten katholischen Clerus, wie einem großen Theile der protestantischen Geistlichkeit so gefahrdrohend vorgekommen, daß man von den Kanzeln herab die Kirche für gefährdet erklärt und in allen Kreisen Unterschriften zu Petitionen gesammelt hat, welche sich auf das entschiedenste gegen die Emancipation der Schule von der Kirche aussprechen.

Stadt-Theater in Wosen.

Sonntag den 27. August: Nicht und Tante Lustspiel in 1 Akt — Hierauf: Die schöne Mülletin; Lustspiel in 1 Akt. — Zum Schluß: Der Kurmärker und die Picarde.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Bromberg.

Das im Mogilnoer Kreise belegene, landwirtschaftlich auf 107,042 Rthlr. 28 Sgr. 5 Pf. abgeschätzte, und laut Adjunktations-Beschlusses vom 7ten Decem-

ber 1847 für das Meistgebot von 100,000 Rthlr. zugeschlagene adelige Gut Drhowo, soll im Wege der Subhastation am 12ten Februar 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Bekanntmachung.

Am 4ten September d. J. früh um 10 Uhr

Was verlangen denn die Lehrer, wenn sie Unabhängigkeit von der Kirche fordern? Nichts weiter, als was man allen übrigen Staatsbürgern gewährt, nämlich Theilnahme an der Errungenschaft der Gegenwart; sie beanspruchen, daß auch ihnen „die breite Grundlage“ unserer Verfassung zu gute komme; sie fordern eine freie selbstständige Gestaltung der Schule aus der eigenen Mitte heraus. Aber so entschieden auch namentlich der jüngere Theil des polnischen Clerus den Sieg des demokratischen Princips, mithin die Selbstregierung aller Genossenschaften im gesammten gebildeten Europa, als unzweifelhaft für die nächste Zukunft dargestellt, wo es dem nationalen Interesse förderlich ist, ebenso entschieden weist man dasselbe jedoch zurück, wo es den Lehrern gegenüber gilt, den hierarchischen Bestrebungen eine Schranke zu setzen. Ist denn aber wirklich Gefahr für die Kirche vorhanden, wenn die Schule sich selbst regiert? Nicht mehr und nicht minder, als bei der selbstständigen Entwicklung der verschiedenen Gewerke, deren Berechtigung man nicht in Zweifel zu ziehen wagt. Eben so wenig, wie die Innungen unkirchlich sind, weil kein Geistlicher den Vorstoß in denselben hat, eben so wenig wird man die Volksschule unkirchlich nennen dürfen, wenn nicht der Geistliche auch zugleich Schulinspector ist. Oder will man etwa gar behaupten, der Volksschullehrerstand sei vorzugsweise dem kirchlichen Leben mehr entfremdet, als alle übrigen Stände? In demselben sind gewiß eben so gut alle religiösen Richtungen unserer Zeit vertreten, als irgend wo anders. Ja, die große Mehrzahl der Lehrer steht schon durch den vorbereitenden Religionsunterricht, welchen sie den Kleinen in der Schule erteilt, in der innigsten Gemeinschaft mit der Kirche, wenn auch nicht immer mit der Geistlichkeit, und das oft unerträgliche Joch des Clerus, unter dem Viele seufzen, preßt dem gesammten Volksschullehrerstande den einstimmigen Schrei nach Unabhängigkeit aus. Es ist dies aber nicht sowohl eine Unabhängigkeit von der Kirche, als vielmehr von der Geistlichkeit. Da sich aber die Hierarchie stets da, wo es ihr förderlich ist, als die Kirche selbst gebahrt, so fordern die Lehrer Unabhängigkeit von der Kirche in dem Sinne, wie sie alle übrigen Genossenschaften, die gleichwohl von der Gemeinschaft der Gläubigen getragen und gehoben werden, bereits schon besitzen. Sie behaupten auch nicht, der würdige und fähige Geistliche dürfe unter keinen Umständen Schulinspector sein; sie verlangen aber, daß er es nur dann werde, wenn eine freie Wahl der Standesgenossen ihn, als den Mann des Vertrauens dazu beruft, sie protestiren aber auf das allerentschiedenste dagegen, daß der Geistliche, als solcher, auch zugleich geborner Schulinspector sei, aus demselben Grunde, aus welchem es sich weder die Schmei- der, noch die Ortsgeistliche auch zugleich Oberälteste des Gewerks sei. Dieser Protest greift aber durchaus nicht über in das Gebiet der Seelsorge, in welchem sowohl der Lehrer, wie die Kleinen der Schule, als Gemeindeglieder unbedingt dem Geistlichen unterworfen sind. Daß der Religionsunterricht den Dogmen und Sagen der verschiedenen Kirchen oder Confessionen entsprechend erteilt werde, darüber hat der Geistliche zu wachen, und bei vorkommenden Abweichungen durch alle Mittel, die seinem heiligen Amte zu Gebote stehen, auf den Lehrer einzuwirken, daß sein Religions-Unterricht mit dem Glaubensbekenntnisse der Gemeinde in Uebereinstimmung stehe. Es sind sogar Fälle denkbar, wo die Gemeinde, die sonst wohl mit einem Lehrer zufrieden ist, demselben doch den Religionsunterricht wird entziehen müssen. Ja, der so sehr um das Heil der Kirche besorgte Clerus ist vollkommen berechtigt, den gesammten vorbereitenden Religionsunterricht der Schule zu entziehen und selbst zu übernehmen, so schmerz- lich gewiß der ganze Lehrer-Stand auch diesen Raub der schönsten Schulmeister-krone empfinden würde.

Wenn nun noch die Lehrer mit großer Einstimmigkeit fordern, die Schule werde Staats- oder besser noch National-Anstalt, so liegt das eigentlich weit mehr im Interesse der Gemeinden selbst, als in dem der Lehrer. Die so gehäufige Einziehung eines besondern Schulgeldbeitrages würde dann aufhören. Aufbau und Erhaltung der Schulhäuser würden keiner besondern Steuern bedürfen. Streitigkeiten zwischen Gemeinde, Regierung, Lehrer und Geistlichen wegen der Schullasten wären mit einem Schlage beseitigt. Aber ganz besonders wird dem Aermern, der in der Regel mit Kindern reichlich gesegnet ist, durch diese Einrichtung geholfen; denn dann müssen die Reichen, selbst wenn sie keine Kinder haben, nach richtigem Verhältnisse auch zur Volksschule beisteuern; während gegenwärtig der slichte Bürger und Landmann nicht bloß für seine Kinder in der Volksschule zahlen muß, sondern auch durch direkte und indirekte Steuern für die Kinder der Reichen, welche die höhern Schulanstalten besuchen, die fast sämmtlich Staatsanstalten sind, noch das Schulgeld mit zu entrichten gezwungen wird.

Marktbericht. Berlin, den 25. August.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr., 88 Pfund. gelber schles. 59 Rthlr. begeben, 86 Pfund. bunt. poln. gering. Qualität 58 Rthlr. begeben, 87/88 Pfund. dito 59½ Rthlr. beg., 89 Pfund. gelb. schles. 60 Rthlr. offerirt; Roggen loco 82 Pfund. am Lager 29 Rthlr. offerirt, 28½ beg., p. Septbr./Okt. 29 Rthlr. gem., 29½ gefordert; Gerste, große, loco 26—25 Rthlr., kleine, 23—22 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Rübsöl loco 10½ Rthlr. Br. u. bz., 10½ S., Aug./Sept. 10½—10½ Rthlr. Sept./Okt. 10½—10½ Rthlr. gem., Okt./Nov. 11—10½ Rthlr. S., Nov./Dec. 11½—11 Rthlr.; Leinöl loco 10 Rthlr., Lieferung 9½; Spiritus loco ohne Faß 19—18½ Rthlr. bez., mit Faß 18½ ohne Geschäft, Sept./Okt. 18 Rthlr. Br., 17½ S., Okt./Nov. 17 Rthlr. bewill. u. zu machen, 17½ Br.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: G. Hensel.

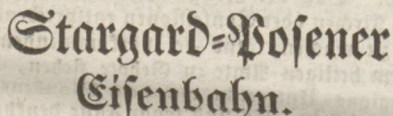
sollen durch den Rentanten Kurzhals 4 Rutsch- Pferde, und zwar ein Blauschimmel, ein Fuchs, und zwei Braune, vor unserm Gerichtsgebäude öffentlich gegen gleich baare Zahlung verkauft werden. Posen, den 22. August 1848. Königl. Land- und Stadtgericht. Erste Abtheilung.

Edictal - Citation.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Auction.

Inf ü ß.



Stettin, den 19. August 1848.

Directorium

Masche. Heegewaldt. Hartwich.

Bronkerstraße No. 6.

U n z e i g e.

I. Claude, Färber.

J. Gensler, neben der Friedrichswache.

Breslauerstraße No. 14.

Posen, den 23. August 1848.

Adolph Lubszynski.

das Pfund à 10 Sgr.

S. A. Danziger, Markt No. 46.

Unterzeichnete machen hiermit die ergebene Anzeige, daß sie die seit vielen Jahren am hiesigen Plage, Markt No. 40., bestandene Zöllnerische Wattenfabrik käuflich an sich gebracht und dieselbe unter der veränderten Firma:

Neue Posener Watten=
Fabrik,

Posen, den 20. August 1848.

C. Liszkowski. C. F. Schuppig.

Ein brauner Sühnerhund ging verloren; er hört auf den Namen Admiral, ist 6 Jahr alt und hat einen weißen Vorderfuß mit braunen Flecken. Wer selbigen Walischei No. 91 abliefern, erhält 2 Thaler Belohnung.

Jedermann wird hierdurch gewarnt, auf meinen Namen irgend etwas zu leihen, oder einen Kredit zu gewähren, indem ich Niemand in keiner Weise

J. Seemann.

J. Giovanoli & Comp.,
Wilhelmsplatz No. 3.

J. Giovanoli & Comp.,
Wilhelmsplatz No. 3.

Sigarren=Offerte.

Half Fabian.


 Eine vorzüglich gute Cigarre
 für 6 Pf.
 zu haben Breslauerstraße No. 2.

Wirklich Bairisches Lager-Bier

Hoch! die Deutsche Flotte!

Jeder Deutsche muß nach Kräften dazu beitragen, die Schirmerin unseres Handels bald zur Existenz zu bringen. Das Musikchor des 5ten Inf.=Regts. hält

den heutigen Freudentag vor Allem geeignet, einen
lange gehegten Wunsch auszuführen und sein Scherf-
lein dem hohen heiligen Zwecke zu widmen.

August von Nachmittags 4 Uhr ab ein
großes Konzert mit Saiten-Instrumenten
in den geräumigen Anlagen des Schilling.

Entree wird nicht erhoben, dagegen in herumgehenden Sammlungen auch dem Aermsten Gelegenheit geboten, durch freiwillige Gabe den Ertrag ansehnlich zu machen, welcher nach Abzug der Kosten dem Marine-Ausschuß des hiesigen Deutschen Central-Comité's übergeben wird.

Berliner Börse.

Den 25. August 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$\frac{3}{2}$	$74\frac{7}{8}$	$73\frac{1}{2}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$88\frac{1}{2}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$77\frac{3}{4}$
Grossh. Posener "	4	—	$96\frac{1}{2}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumark. "	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{2}$
" v. Staat garanti. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	4	—	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{8}$	$13\frac{1}{2}$
Ander Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$

Eisenbahn - Actien,

	von eingezahlte:	—	—	88½
Berlin-Anhalter A. B.	Prioritäts-	4	83½	82½
Berlin-Hamburger	Prioritäts-	4½	—	68
Berlin-Potsdam-Magdeb.	Prior. A. B.	4	53	96
"	"	4	—	53
"	"	5	86½	78
Berlin-Stettiner	"	—	88½	86
Cöln-Mindener	Prioritäts-	3½	—	— b
Magdeburg-Halberstädter	"	4½	—	75½b
Niederschles.-Märkische	Prioritäts-	3½	70	90½
"	"	4	—	103½b
"	"	5	94	70b
"	"	5	90½	82b
Ober-Schlesische Litt. A.	III. Serie	3½	—	—
Rheinische	B.	3½	—	91
"	Stamm-Prioritäts-	—	55½	—
"	Prioritäts-	4	70½	—
Thüringer	v. Staat garantirt	3½	—	—
Stargard-Posenor	"	4½	52½	—
		4	—	67½